

Atypische Beschäftigung

Hintergrund:

Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind Jobs, die nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen, sei es durch Befristung, Geringfügigkeit oder Teilzeitarbeit. Auch Zeitarbeit stellt ein atypisches Beschäftigungsverhältnis dar. Atypische Beschäftigung ist oft nicht sicher und/oder schlechter bezahlt.

Seit 1991 hat die atypische Beschäftigung zugenommen (vgl.

<https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/178190/atypische-beschaeftigung>).

Atypische Beschäftigung in Deutschland und Rheinland-Pfalz 2010 - 2019

Mehr als jede:r fünfte Kernbeschäftigte (22,1 Prozent) in Rheinland-Pfalz arbeitete 2019 in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis. Damit liegt Rheinland-Pfalz über dem bundesweiten Durchschnitt von 19,5 %. Seit 2010 ist sowohl bundesweit als auch in Rheinland-Pfalz ein leichter Rückgang feststellbar.

	Anzahl (ungefähr)	Anteil an den Kernerwerbstätigen
Bund	7.333.000	19,5 %
Rheinland-Pfalz	407.000	22,1 %

- Zwischen den Regierungsbezirken in Rheinland-Pfalz gibt es nur geringe Unterschiede, in allen liegt der Anteil der atypisch Beschäftigten über 20 %.
- Zwischen den Wirtschaftsbereichen sind die Unterschiede hingegen groß: Ein Viertel der Beschäftigten in Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Kommunikation ist atypisch beschäftigt.
- Im Bereich Sonstige Dienstleistungen (z.B. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie öffentliche und private Dienstleister) sind es 25,7 %.
- Im Regierungsbezirk Trier sind sogar 27,2 % der Beschäftigten im Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen atypisch beschäftigt.

Katrin Werner, MdB:

„Befristungen, unfreiwillige Teilzeit, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit bedeuten für viele Beschäftigte Unsicherheit und sie nehmen Menschen die Planbarkeit ihrer Zukunft. Wir brauchen ein konsequentes Vorgehen gegen diese schlechten Arbeitsbedingungen und zu niedrige Löhne. Die Menschen haben ein Recht darauf, sich eine Zukunft aufzubauen und zu planen. Das geht aber nicht, wenn sie für den Arbeitgeber letztlich bloße Verschiebemasse sind. Der hohe Anteil an unsicheren und schlecht bezahlten Jobs im Land ist ein Armutszeugnis für die SPD-geführte Landesregierung und zeigt, dass wir dringend einen Politikwechsel auf Bundesebene brauchen.“

„Werkverträge und Leiharbeit dienen dem Lohndumping. Darum müssen sie verboten werden. Bis dahin müssen Leiharbeiter:innen die gleichen Löhne wie die regulär Beschäftigten und zusätzlich eine Flexibilitätszulage erhalten.“

„Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis schaffen, das für alle gilt. Es kann nicht sein, dass viele Menschen durch zu viel Arbeit und Überstunden krank werden, während andere unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. Deswegen wollen wir die gesellschaftliche Arbeit umverteilen, in dem wir eine kurze Vollzeit von 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich schaffen. Das würde nicht nur die Lebensqualität verbessern, sondern auch über eine Millionen Arbeitsplätze

schaffen. Zudem müssen alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle erhalten. Menschen, die eine Teilzeitbeschäftigung wünschen, sollen diese Möglichkeit selbstverständlich weiterhin behalten.“